

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf. im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerschmann,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald C. Mies, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 2. Juli. Bei dem gestrigen Festmahl im Offizier-Kasino in Wilhelmshafen beantwortete der Kaiser eine Ansprache des Abmirals Hollmann mit folgendem Trinkspruch:

„Schon bei der Taufe eines aufblühenden Kindes stehen die Väter um dasselbe versammelt, und indem sie ihr Jawort geben, fragt sich ein Jeder in seiner Brust, wie wohl das Kindlein sich entwickeln wird und welches Loos ihm beschieden sein wird, sei es im bescheidenen, sei es im größeren Dasein, für seine Familie oder für sein Land zu wirken. Dasselbe ist der Fall bei einem solchen Akt, wie dem heutigen. Ein Stapellauf ist sowohl für den Aizen, wie für den Seccoffizier stets ein imposanter, er möchte sagen ein ergreifender Akt. Das gewaltige Gebäude, ein Produkt vielfacher Ueberlegung, Berechnung, hingebender rastloser Arbeit des Geistes und vieler Dunderter nerriger Hände soll seinem Elemente übergeben werden, auf dem es bestimmt ist, die Flagge des Landes zu tragen, ihr Ehre zu machen. Aber nicht nur das, es soll auch einen Namen führen, und je nach der Art, wie der Name ausgeführt wird, legt der Seemann dem Schiff die Persönlichkeit in idealistischer Weise bei. Mit dem Moment der Verührung des Wassers verwandelt sich die starre Eisenmasse in ein lebendiges Sein, und es meint der Seemann, vor sich ein personalisiertes lebendiges Wesen zu sehen. Schon mancher Name ist auf diese Weise in der Marine von Schlachtkämpfen und anderen Schiffen getragen; der heutige ist mit Vorbedacht für das Schiff ausgetücht worben. Das vergangene Jahr hat unvergleichliche Feiern gebracht und das Meer, welches drei Mal meinem seligen Herrn Vater in größerem und kleinerem Verbände zu folgen die Ehre und das Glück hatte, hat sich in lauten Jubelfeiern, in großen Vereinen sowohl in einzelnen Regimentern, von denen er Chef war, die Zeit vergegenwärtigen können, in der er die Armee führt hat, in der er mit seinen Regimentern verkehrt hat.

Der damals noch im Werden begriffenen Marine ist es nicht beschieden gewesen, in der Weise markirt einzugreifen in die Verhältnisse des Krieges durch Aufopfern von Leben und Blut und Material, wie sie es hätte wünschen können. Es hat daher für sie die Nothe der Feste und Feiern gewissermaßen etwas Bedrückendes gehabt bei dem Gefühl, daß sie nicht so wohl hat daran Theil nehmen können, wie sie es wohl gemocht hätte. Aber gerade die Theilnahme und die Beziehungen der von dem ganzen deutschen Volke vergötterten Persönlichkeit der dahingegangenen Kaisers sind doch für unsere Marine nicht ohne große Bedeutung. Die Momente, welche im vergangenen Leben meines Herrn Großvaters denkeinen veranlaßt haben, sich vertreten zu lassen durch seinen vortrefflichen Sohn, haben es sehr oft mit sich gebracht, daß mein seliger Herr Vater durch solche Vertretungen auch in nähere Beziehung zur Marine kam. Ich erinnere Sie an die Einweihung des Suezkanals, ich erinnere Sie an seine Theilnahme bei der Krönung des Königs von Schweden und Norwegen, ich erinnere Sie vor allen Dingen an die Taufe des ersten deutschen Panzerschiffes, welches in dem vom Kaiser so geliebten Sietlin unter seinen Augen sich vollzog, im Jahre 1872. — Aus allem dem ersehen wir, wie wohl berechtigt die Marine ist, gleichfalls einen Antheil an jeder Person zu haben, und deshalb habe ich bestimmt, daß das erste große Panzerschiff, hoffentlich der Vorläufer von manchen von derselben Klasse, den Namen dieses Allerhöchsten Herrn tragen soll. Gleichsam als die Gründung einer neuen Aera für unsere Marine, wie auch der Name und die Persönlichkeit Kaiser Friedrich's die Gründung einer neuen Aera für das deutsche Reich gewesen ist. Indem ich Ihnen, mein lieber Hollmann, für die freundlichen Worte von Herzen danke, kann ich nur sagen, daß, wenn ich einen beschreibenden Antheil an den Arbeiten habe durch das Interesse, welches ich denselben entgegenbringen dürfte, dieses doch zum Besten der Gesamtheit ich schah und daß es mir selbstverständlich eine besondere Freude war, gerade für dieses Schiff mit Rathen und Thaten zu können. Ich spreche Ihnen aber meinen Dank aus dafür, daß Sie und alle die unter Ihnen stehenden Beamten und Offiziere auf die Wünsche und die Fingerselge eingegangen sind, welche ich glaubte, im Sinne der Front- und der praktischen Seecoffiziere an Sie übermitteln zu können. Denn wir wollen nicht vergessen, Derjenige, dem diese Waffe in die Hand gedrückt werden soll, der Kommandant, der Offizier, die Mannschaft, die sie bewahren sollen, haben auch, und sind berechtigt dazu, ein Wort mitzureden beim Schmieden dieses Werkzeuges. So will ich denn meinen Wunsch dahin zusammenfassen, daß jeder Kommandant und jeder Offizier und jeder Matrose, der jemals die Ehre hat, auf diesem Schiff zu dienen, sich stets bewußt sei der hohen Ehre, die ihm dadurch zu Theil wird und stets bestraft sei, diesem Namen Ehre zu machen und, wo das Schiff auch aufzretehen möge, um dasselbe einen Nimbus der Achtung, der Ehrfurcht, und wenn nöthig, des Schreckens zu verbreiten. — Möge es uns

gegeben sein, mit diesem und hoffentlich mit noch so manchem anderen Schlachtschiff in der weiteren Entwicklung der Marine den Grundbaß wahr zu machen, den ich am 18. Januar d. Js. ausgebrochen habe, daß unser deutsches Vaterland befähigt sei, Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide seinen eigenen Weg zu gehen und stets für Friede und Ordnung in der Welt einzutreten zu können. — Daß mir dabei meine Marine und ihr vorzügliches Offizierkorps und ihr ganzes gutes Material zur Seite stehe und das Geſt, der sie erfüllt, stets von neuem sich in ihr bestätigen möge, hierauf erhebe ich mein Glas. Ich trinke auf das Wohl meiner Marine und ihres jüngsten Kindes, des Panzerſchiffes „Kaiser Friedrich III.“: Hurrah! Hurrah! Hurrah!“

— Die von dem nunmehr aus seinem Amte geschiedenen Handelsminister Freiherrn von Berspöck so lebhaft verteidigte Verordnung über die Bäckereibetriebe ist seit gestern in Kraft getreten. Der Widerstand, den dieselbe sowohl im Reichstage wie im Abgeordnetenhaus bei fast allen Parteien gefunden, hat den bisherigen Handelsminister nicht von seiner Ansicht abgebracht. Man wird in den durch die neue Verordnung betroffenen Kreisen sich natürlich den erlassenen Bestimmungen, obgleich deren Rechtsgültigkeit bestritten wird, fügen müssen, bis etwa gerichtlich festgestellt sein wird, daß die Bäckerverordnung der rechtlichen Grundlage entbehrt. Indes bezieht der Wechsel im Handelsministerium zu der Hoffnung, daß die Unzulänglichkeiten, die sich aus der Durchführung der Bäckerverordnung ergeben dürften, vom Minister Befriedet, der nicht, wie Herr v. Berspöck, sich für diese Bestimmungen nun engagirt hat, einer vorurtheilsfreien Prüfung werden unterzogen werden. Auf Abhilfe ist um so eher zu rechnen, je mehr die Beteiligten und interessirten Kreise sich bemühen, die in ihrem Gewerbe thätigst vorhandenen Uebelstände aufzustellen. Geschieht dieses, und verstehen die Bäckereibesitzer die maßgebenden Kreise im Reich davon zu überzeugen, daß es mit der Bäckerverordnung nicht geht, so dürfte eine Milderung oder Aufhebung der drückenden Bestimmungen zu erreichen sein. Anderen Gewerbetreibenden aber, über deren Haupt ebenfalls einem Damoclesschwert vergleichbar bereits Verordnungen ähnlicher Art drohend schweben, möge das Schicksal der Bäcker eine Mahnung sein, beedrigten Wünschen ihrer Angestellten und Arbeitern nachzugeben, ehe der Staat eingreift. Daß dieser eine raue Hand besitzt, hat er wieder einmal bei der Bäckerverordnung bewiesen.

— Ueber weitere Veränderungen im preussischen Ministerium wird dem konservativen „Reichsboten“ geschrieben:

„Die Ministerkrise ist nach dem Abgange des Freiherrn v. Wertheim noch nicht als abgeschlossen zu betrachten. Es werden uns bestimmte Symptome dafür angegeben, daß noch ein anderer preussischer Minister sich mit der Absicht tragen soll, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen. Eine schwere Niederlage, welche dieser sonst hochbetriebene Staatsmann im Landtage durch die Ablehnung einer wichtigen Vorlage erlitten hat, hat den Gedanken des Rücktritts gereift.“

Der „Reichsbote“ bezieht diese Mitteilung auf den Kultusminister Dr. Vosse, während sie doch ebenso gut auf den Justizminister Schönfeldt passen würde, der seinen Affensporn-Paragrafen nicht durchzuführen vermochte. Ueberhaupt scheint jetzt wieder alles in Fluß zu sein. Während auch Herr Miquel von Manchen auf den Aussterbeetat gesetzt wird, wird ihn sonst gut unterrichteten Kreisen angenommen, daß auch die Stellung des Kriegsministers seine feste mehr sei, und daß sein langer Urlaub nur seinen Müdigkeit einklebe.

Niederlande.

Am vorigen Freitag hat die niederländische zweite Kammer endlich sich und der Regierung für andere wichtige Arbeiten freie Bahn gemacht, indem sie den Wahlscheiternwurf des Ministerspräsidenten und Ministers des Innern von hinten abnahm. Seit einem Jahrzehnt etwa laktete die Angelegenheit auf dem politischen Leben der Niederlande, ohne vom Fleck zu rücken. Der frühere Minister Taf hatte bekanntlich nur noch die Anathabaten und mit öffentlicher Unterstützung Leben von Wahlrecht ausschließen wollen und war von der Mehrheit der Kammer unter der Führung mehrerer jetziger Minister darum bekämpft worden. Er löste die Kammer auf, wurde dann aber durch den Ausfall der Wahlen zum Rücktritt veranlaßt. Das jetzt angenommene Wahlgesetz — die Zustimmung der ersten Kammer gilt als zweifelslos — erhöht indessen die Zahl der Wähler immer noch von 280 000 auf 6—700 000 und bleibt in dieser Hinsicht nicht weit hinter dem Taschen zurück. Nach diesem hätte die Zahl der Wahlberechtigten nun 8—10 000 mehr betragen. Das nunmehrige Wahlgesetz enthält folgende Bestimmungen:

Die Wähler müssen 25 Jahre alt sein und im abgelaufenen Amtsjahr zu den direkten Steuern beigetragen haben, indem sie Grundsteuer (mindestens einen Gulden), Vermögenssteuer oder Gewerbesteuer bezahlt haben oder zu

den fünf ersten Klassen der neuen Personalsteuer gehören und auch diese entrichtet haben. Außerdem giebt Wahlberechtigung der Nachweis: 1. daß man als Familienhaupt oder als Einzelnr vom 1. August bis 31. Januar dieselbe Wohnung bewohnt und ein örtlich variirendes Minimum von Mische bezahlt hat, oder 2. daß man vom 31. Januar rückwärts 13 Monate in derselben Stellung sich befunden und ein örtlich variirendes Minimum von Einkommen bezogen hat oder am 1. Februar im Besiz einer Pension von gleicher Minimalhöhe ist, oder 3., daß man seit einem Jahre für nominal 100 Gulden Staatsgläubiger ist oder 50 Gulden in der Postbankasse hat, oder 4., daß man die zur Bekleidung eines Amtes oder Ausübung eines Berufes gesetzlich vorgeschriebene Prüfung bestanden hat. Das Gesetz giebt den Wahlkandidaturen einen offiziellen Charakter. Ein Kandidat wird von mindestens 40 Wählern eines Distriktes aufgestellt, und drei Tage vor der Wahl wird jedem Wähler eine Liste der Kandidaten zuge stellt. Im Wahllokal erhält der Wähler einen gestempelten Stimmzettel, auf dem die Namen der Kandidaten wiederum sämtlich gedruckt stehen, vor jeden Namen ist aber ein schwarzer dicker Kreis mit weißem Mittelpunkt gedruckt; den weißen Mittelpunkt eines dieser Kreise hat nun der Wähler allein in einem abgesonderten Raum mit Bleistift schwarz zu machen. So bezeichnet er den Namen des von ihm gewählten Kandidaten. Es ist hiermit das belgische „Kouloirsystem“ angewandt.

Franfreich.

Paris, 1. Juli. Deputirtenkammer. Bei der Beratung der Reform der direkten Steuern bekämpft Ribot den Entwurf und behauptet, die Rentenfürher sei ungeschädigt und schädige der Kredit Frankreichs. Die einzig mögliche Reform sei das englische System der „income tax“. Die bisherigen direkten Besteuerungen aufheben, wäre eine Unflugslist, denn man wisse nicht, ob man die aufzugegebenen Millionen wiederfinden würde.

Dreuz, 1. Juli. Die Reichsfreierlichkeiten für den Herzog von Nemours fanden heute in der königlichen Kapelle statt. Die Geistlichkeit empfing am Bahnhofe den Sarg, welcher von Versailles kam. Den Feiertagslichkeiten wohnten die Gräfin von Paris, die Prinzessin Clementine von Aoburg, der Herzog von Chartres, der Herzog von Aumale, alle Mitglieder der Familie und Vertreter der fremden Souveräne und Botschafter bei. Der Sarg wurde in der Krypta der königlichen Kapelle beigesetzt.

Italien.

Wien, 1. Sept. In der Deputirtenkammer antwortete der Kriegsminister Nicotti auf die Anfrage des Abgeordneten Imbriani, die Regierung habe dem General Mocenni bei seiner Reise nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland keinerlei Mission, weder eine offizielle noch eine offiziöse, ertheilt. In der Antwort auf die Anfrage des Abg. Di San Giuliano erklärt der Kriegsminister, es habe zwischen der Regierung und dem General Valbissera eine Meinungsverschiedenheit weder bestanden, noch bestehe eine solche jetzt. Zum Schluß seiner Worte spricht sich Nicotti sehr lobend über General Valbissera aus. Die Kammer setzte sodann die Verhandlung über das Budget des Ministeriums des Innern fort. Der Berichterstatter Pompidi beantwortet zunächst die Ausführungen verschiedener Vorredner über administrative Fragen und erklärt, er habe die Besetzung Massowas immer für einen schweren Fehler gehalten, der noch vergrößert wurde, als aus Ghetra ein militärisches Unternehmen gemacht wurde. Verschiedene Abgeordnete entwideln sodann die von ihnen beantragten Tagesordnungen.

Rom, 1. Juli. D

den zur Abstimmlung gebrauchten Tagesordnungen befand sich auch eine solche des Deputirten Giorgini, lautend: „Die Kammer, welche mit Eiferdrang an dem Gleichgewicht auf dem Mittel-Asiatischen Meere festhält, geht zur Tagesordnung über.“ In der Begründung derselben bemerkt Giorgini, daß zahlreiche Vorfälle in den letzten Jahren und auch in der letzten Zeit den Beweis geliefert hätten, daß Frankreich die Absicht habe, Erpolis, von dem es bereits im Besitze stehe, einen Theil des Hinterlandes zu besetzen, ganz zu okkupiren. Ministerpräsident Marchesi di Rudini bekräftigt die vergeblichen Tagesordnungen und führt aus, die Regierungsgewalt in Erpolis würde einem Zivilbeamten anvertraut werden, insofern sei der Augenblick, dies zu thun, noch nicht da. Zwischen der Regierung und dem General Baldissera hätte nur eine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Befestigung Kasafas bestanden. Baldissera hätte Kasafas räumen wollen; der Kriegsminister habe ihn aber befohlen, es auf seine (des Kriegsministers) Verantwortung zu halten. Di Rudini fügte hinzu, die Tagesordnungen Barzilai und Imbriani beleuchteten die Stellung des Ministeriums gegenüber der äußeren Einteil. Er könne diese Tagesordnungen nicht annehmen, weil er glaube, daß man das Land nicht auf die Auflösung der bestehenden Allianzen vorbereiten dürfe, und er lasse es nicht zu, daß ein italienisches Ministerium angerufen werden könne, eine nationale

Politik zu treiben. Den Rednern gegenüber, welche geäußert hatten, sie hätten kein Vertrauen zur Regierung, weil dieselbe die Stimmen der äußersten Linken auf ihrer Seite habe, bemerkte Rudini, es sei seltsam, daß eine solche Äußerung vom Centrum komme, das kürzlich mit der Sozialisten stimme (Widerpruch im Centrum) und von Damiani sowie Fortis, die doch selbst der äußersten Linken angehören. Er erklärte, daß kein geheimer Pakt mit der äußersten Linken bestehe. Er, Redner, hätte übrigens selbst zu der Zeit, als er der Opposition angehörte, niemals daran gedacht, die Regierung des Vaterlandes in den Verdaß bei den befreundeten oder verbündeten Mächten zu bringen, als ob sie die internationalen Verträge lau und nicht tren beobachtete. — Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Rudini auf das entschiedenste, die gesamte Thätigkeit der Regierung sei beständig auf die Erhaltung des Gleichgewichts in Bezug auf das Mittelmeer gerichtet. — Gegenüber Fortis äußerte der Ministerpräsident, er habe sich nach reiflicher Erwägung überzeugt, daß es eine unumgängliche Nothwendigkeit für Italien sei, im Dreibunde zu bleiben, der wirklich die größten Interessen Italiens garantire. Rudini schloß, er nehme die Tagesordnung di San Giuliano in folgender Fassung an: Nach Anhören der Erklärungen der Regierung geht die Kammer zur Tagesordnung über. (Beifall.) Die Annahme dieser Tagesordnung betrachte er als Vertrauensvotum. Die Tagesordnung di San Giuliano wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 89 Stimmen angenommen.

Milano, 1. Juli. Vater Peterlowitz drastete an den „Corriere di Napoli“, daß er gestern zusammen mit dem päpstlichen Abgesandten Massimo Bonifazi zu bereuen beabsichtige, um den italienischen Gesandten in Neapel, die im Heimatlande gesammelten Untersuchungen zu überbringen. Ingenieur Sig hat sich bereits am letzten Sonnabend zu König Menelik begeben, wosin ihm der Regierungschefvollmächtige Dr. Magarini in einigen Tagen zu folgen beabsichtigt.

Spanien und Portugal.

Madrid, 27. Juni. Die Begeisterung der Spanier bei den zu Ehren der französischen Flotte in Coruna und Ferrol veranstalteten Festen verfolgt lebhaft einen praktischen Zweck insofern, als das Volk inständigmäßig fühlt, daß es allein mit Cuba und den Vereinigten Staaten nicht fertig werden wird. Man möchte, um die Perle der Antillen zu retten, gern Frankreich für die spanischen Interessen einstimmen, indem man ihm einerseits aus finanziellen Gründen sehr darauf ankommen müsse, einen Zusammenbruch Spaniens zu verhindern, und daß es andererseits mit den eigenen amerikanischen Besitzungen gleiche Erfahrungen machen könne wie jetzt Spanien. Daß man auf die Freundschaftsverrichtungen der französischen Offiziere, wenn sie nur platonisch gemeint sein sollen, keinen besonderen Werth legt, ist zwischen den Zeiten, mit denen die Presse die Berichte über die Thatlichkeiten haggelt, deutlich

derjenigen Idee, die Genialitäten beglückt, bedürftig zu sein. Die Regierung wird aufgefordert, die Gelegenheit wahrzunehmen und etwas Festes, Schriftliches zu vereinbaren nach dem demüthigen Negept: denn was man schwarz auf weiß befestigt, kann man getrost nach Hause tragen. Und wenn man auch Argwohn dafür haben könnte — desto besser. Wird doch aus Coruna telegraphirt, daß die höheren Officiere des französischen Gesandten und Vertreter der Stadt „unter sich“ bereits auf das bevorstehende spanisch-französisch-russische Bündniß angetroffen haben und daß der russische Consul einem der Feste beigewohnt hätte. Im Uebrigen erinnert Mariano de Garcia in einem feiner latinitisch-bourbonischen Artikel im „Imparcial“ daran, daß grade die Wirthschaftspolitik des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten Spanien mehr Schaden zugefügt habe als alle Krankheiten des Weinstocks zusammen genommen, daß Hanotaux, wenn er den Ehrgeiz habe, Richelieu nachzuahmen, dessen Politik Spanien gegenüber nicht verfolgen dürfe, denn einen größern Feind als jenen Kardinal habe Spanien nie gehabt. Die unerlaubte und ungerechte Verletzung spanischen Gebietes an der Guineaküste durch die Franzosen sei für Spanien und dessen Ansehen weit gefährlicher, als die Einmischungen anderer Nationen in spanische Interessen, von denen man zwar viel geredet habe, die aber keinen Schaden angerichtet hätten. Frankreich müsse wenigstens in Marokko eine einigermaßen aufreidende Politik treiben. Der französische Kriegsminister möge der für die Entwicklung Spaniens so überaus wichtigen Weiterführung der Eisenbahnlinie über Confrance nicht länger hindern im Wege stehen und derjenige grobe Theil der französischen Presse, der ohne Grund und ohne Kenntniß der wahren Verhältnisse Spanien in der libanischen Frage schlecht behandle, solle eine andere Tonart anschlagen. Les amis sont les amis, rufi Carla aus; mit andern Worten, entweder sei man Spaniens Freund und dann müsse man dies durch die That beweisen, oder man sei es trotz aller bei jedem Champagnerwein gehaltenen schönen Tischreden nicht, und dann sei auch die Begeisterung überflüssig. Auch mit Rücksicht auf die taktlose Andringung von Insinuationen mit den Namen „Austerlitz“, „Jena“, „Marengo“, „Bagration“ u. s. w. bei dem Tode

in Militärlafino zu Gornuna wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß diese französischen Siege schließlich doch auch Spanien ziemlich theuer zu stehen gekommen find. Die Erwähnung von Austerlitz kann überdies den Franzosen in ihrer jetzigen Gemüthsverfassung nur unangenehm sein. Diese Kungebungen dürften in Barcelona und Valencia aus Anlaß von Konzerten, die dort zwei französische Militärmusikanten zu geben gedenken, eine Fortsetzung erfahren. Heute geht sogar das Gerücht, daß die hiesige französische Kolonne den Admiral und die Flottenoffiziere einzuladen beabsichtigt, für einige Tage nach hier zu kommen, „um der Annäherung der beiden Länder einen einigültigen Stempel aufzudrücken“. Gleichzeitig sollen in der französischen Botschaft unzählige Besuchskarten abgegeben werden. Der Regierung, die bis jetzt nichts gethan hat, diese Bewegung einzudämmen, im Gegentheil, die sie zu unterstützen schien, wird bei diesen Antündigungen doch etwas ängstlich zu Muth, und sie läßt daher heute durch die „Correspondencia“ abwiegeln. Es liege, heißt es da, für diese Sympathieungebungen heute nicht mehr Anlaß vor als früher. Spanien hege ohne Zweifel außerordentlich lebhafte Sympathien für Frankreich; es sei fast durch französische Bürger erzogen, es bewundere französische Kunst- und Gewerthätigkeit und die Paffenverwandtschaft sei noch gering im Vergleich zu der Gemeinsamkeit der Ansauungen und Gefühle bei dem „Wert der univereellen Zivilisation“. Aber wenn man diesen Sympathien in sichtbarer Weise Ausdruck geben wollte, so müßte man schließlich täglich seine Besuchskarten in der Botschaft abgeben, und umgekehrt müßten die Franzosen das gleiche in der spanischen Botschaft thun. Jetzt in einem bestimmten Augenblick dergleichen vorzunehmen, offenbare eine gewisse Absicht oder besondere Gründe, die nicht abzusehen seien. Die Kungebungen an der galizischen Küste seien erklärlich, aber hier in Madrid habe man nicht einmal einen Vorwand, um die ständige Freundschaft besonders zu betonen; ein soch unbegründete Vorlesse könne dagegen von den übrigen Mächten, mit denen man gleichfalls in den besten Beziehungen stehe, als eine Unannehmlichkeit oder Beleidigung empfunden werden. Auch gäbe es noch andere Gründe, um von dem Plan Abstand zu nehmen. In der Lage, in der sich Spanien zur Zeit befinde, wo es so zu sagen vor einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten stehe, würde eine derartige Kungebung den Charakter eines Gesuchs um Beistützung tragen, woran Spanien doch gar nicht denke. Sollte es einmal genöthigt sein, sich nach einem Bündniß, niemals aber nach einem Schirmhern, umsehen zu müssen, so werde der ersthäte Weg doch stets der der diplomatischen Verhandlungen sein, oder nicht der einer gedantenlosen Ueberstürzung, eines indirekten Mittels, das leicht durch ein platonisches „Geseher und zur Kenntniß genommen“ beantwortet werden könne. — Dieser abstühnende Wasserfisch wird wohl seine Wirkung thun.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 1. Juli. Der Störling beschloß heute die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Vorbereitung einer Revision der Zolltarife. Die Kommission erhielt vom Störling ausdrücklich den Auftrag, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, welcher den Schutz der einheimischen Erwerbsquellen bezweckt.

England.

London, 30. Juni. Der dieses Jahr in London tagende internationale Arbeiterkongreß wird am 27. Juli im Gemeindehause des Bezirks St. Martin eröffnet werden. Ungefähr 800 Vertreter aus allen Theilen der Welt haben sich bereits angemeldet. Am Tage vor der Eröffnung soll eine große Kundgebung zu Gunsten des Weltfriedens im Hyde Park abgehalten werden. Arbeiter-Parlaments-Abgeordnete der verschiedenen Länder werden die Reden halten. Am Montag werden sich die Vertreter der verschiedenen Nationen zuerst gesondert beraten. Jede Vertretung wird ihren eigenen Präsidenten und Sekretär erwählen. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß wird aus je zwei Vertretern jedes Landes bestehen. Am demselben Montag wird der Kongreß seine erste ordentliche Sitzung abhalten. Den Vorstoß übernimmt ein Engländer. Die beiden Vizevorsitzenden sind ein Franzose und ein Deutscher. Alle drei ernannt der Geschäftsordnungs-Ausschuß. Die Zahl der Anträge ist außerordentlich groß. Vor allem muß wieder die Frage entschieden werden, ob Anarchoisten Zutritt zum Kongreß haben sollen. Sehr weit gehen die Ansichten auseinander über die „politische Aktion“ der Arbeiter. Auch das Frauenstimmrecht kommt in einer Reihe von Anträgen auf die Tagesordnung. Die Franzosen wünschen, daß sich die Arbeiter auch über Kolonialpolitik ausdrücken. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel wird von den deutschen Sozialisten den anwesenden Vertretern mündgerecht gemacht werden. Die englische Fabian-Gesellschaft beantragt einwirken, daß der Staat oder die Städte die Verkehrsmittel, die Bergwerke, Gas- und Beleuchtungsweisen, Fabrikation von Tabak, Brod und alkoholischen Getränken u. übernehmen. Ueber den „Krieg“ werden sieben

II. Die unberechtigten Forderungen der verschiedenen Klassen der Gewerbetreibenden.

Bei den Gewerbetreibenden muß man die verschiedenen Klassen der Bevölkerung berücksichtigen, deren Interessen in neuester Zeit einander in scharfer Weise entgegen stehen sind. Die wichtigsten Klassen sind die der Landleute und der Städte, von denen die ersten die Rohprodukte, namentlich die Lebensmittel, herstellen, die letztern die Rohprodukte verarbeiten, bezw. die Verbreitung und den Absatz der Waaren betreiben. Jede dieser Klassen der Gewerbetreibenden bedarf einer gesonderten Beschreibung. Es ergeben sich darnach folgende Abschnitte:

1. Das Gewerbe der Landwirthe,
2. Das Gewerbe der Handwerker,
3. Das Gewerbe der Fabrikanten,
4. Das Gewerbe der Kaufleute.

Es wird, wenn wir die Fehler nachgelesen haben, welche bei den einzelnen Klassen der Gewerbe begangen werden, die Aufgabe sein, nachzuweisen, wie diese Fehler durch Beobachtung der Gesetze Gottes für die Welt vermieden werden können, der Art, daß der menschliche Vertheil nach den Gesetzen Gottes geordnet und zu weitem Fortschritten geführt werden kann.

1. Das Gewerbe der Landwirthhe.

Das Gewerbe, welches für den Staat das wichtigste ist, da es für die

Bewohner des Staates die unentbehrlichen Nahrungsmittel herstellt, ist das Gewerbe der Landwirthe. Mit diesem Gewerbe beginnen wir daher die Betrachtung und dies um so mehr, als der Bund der Landwirthe am lauteſten ſeine Stimme erhebt, über die Noth der Landwirthe klagt, höhere Beſte für alle Lebensmittel verlangt, allen Städten den Krieg erklärt, ſie durch Polizei und polizeiliche Verordnungen aller Art in ihren Gewerben beſchränken, den Handel und die Fabriken beſchränken, ſelbſt den Geldverkehr durch Felleiſung der Goldwährung verderben, kurz alle Gewerbe außer dem Landbau beſchränken, beſchränken und ſchädigen will, ſich dagegen beſondere Konſtitutionen und Prämien, Ermäßigung der Fahrpreiſe zc. fordert.

Hier ist es die Aufgabe, zu untersuchen, ist dieser Nothschrei der Landwirthe berechtigt, oder ist die Noth der klagenden Landwirthe eine selbstverschuldete und wenn letzteres, wie kann und muß dieser Noth der Landwirthe abgeholfen werden.

Daß viele Landwirthe, ja man kann wohl sagen, die Mehrzahl der Landwirthe gegenwärtig in Noth find und sich einschränken müssen, wenn sie bestehen wollen, das, glauben wir, kann niemand leugnen. Die Frage ist nun, ist diese Noth der Landwirthe ihre Schuld, oder ist es die Schuld von andern Umständen, den Einfuhr des Auslandes, mangelnder Kredit ff., schwankender Kurs des Geldes, hoher Zinssfuß oder herabgesetzten

An dem Wohlstand der Städte liegt die Schuld jedenfalls nicht; denn die Sttter sind die Abnehmer der lndlichen Produkte und Kunten oder wollten diese nicht die Waare der Landleute abnehmen, so wurde die Noth der Landwirthe sich unendlich steigern. Nicht in dem Kampf zwischen Stadt und Land,

sondern in der gegenseitigen Förderung und in dem gemeinsamen Streben, für die bestehende Noth der Landwirthe durch Beobachtung der Gesetze Gottes Abhülfe zu schaffen, darin kann allein die Hilfe gefunden werden, um die gegenwärtige Noth zu heben und allen Landwirthen diejenigen Einkünfte zu schaffen, deren sie zu einem vortheilhaften Betriebe ihres Gewerbes bedürfen.

Der Unterzeichnete wird, um die Frage zu lösen, wie der gegenwärtigen Noth der Landwirthe abgeholfen sei, zunächst zur Vergleichung den Stand der Landwirtschaft vor dem dreißigjährigen Kriege betrachten, d. h. zu der Zeit, wo Deutschland, ähnlich wie jetzt, unter langem Frieden, gut entwickelt war, kurz, ehe es durch den dreißigjährigen Krieg verwüthet, und darauf zwei Jahrhunderte lang der Tummelplatz für die Kriege der benachbarten Völker: Franzosen, Schweden, Russen und österreicherischer Armeen gewesen ist.

Der Untergezeichnete wird demnach die Ursachen der jetzigen Noth zahlreicher Landwirthe nachweisen und unterlegen, ob die vom Bunde der Landwirthe vorgeschlagenen Mittel dieser Noth abhelfen können, und wenn sich dieselben als ungenügend, wohl selbst als schädlich erweisen, die Wege angeben, wie nach dem Geistes Gottes dieser Noth für alle Zeiten und zwar ebenso zum Segen der Landleute wie der Städte abgeholfen werden kann und muß.

R. Grassmann.

B. Grassmann.

einstimmen, welche die Aufständischen verlangen.